

Protokoll

Roundtable - Idee und Methodik des Hauptstadtkongresses

5. Mai 2006, Dresdner Bank, Pariser Platz, Berlin

Begrüßung

Dr. Hartmut Knüppel (Dresdner Bank AG) heißt die Gäste im Namen der Dresdner Bank herzlich willkommen. Er bietet an, dass die Dresdner Bank auch in Zukunft ein Forum für ähnliche Veranstaltungen bieten könne.

Anschließend begrüßt **Dr. Johannes Bohnen** (Initiator) die Gäste im Namen der Trägernetzwerke. Die Veranstalter freuen sich besonders, dass Vertreter aus allen relevanten Teilbereichen der Berliner Bürgergesellschaft der Einladung gefolgt sind. Bohnen erläutert kurz die Genesis des Hauptstadtkongresses (HK) und betont die zwei wesentlichen Ziele:

1. Die bislang häufig getrennt agierenden Akteure der Berliner Gesellschaft sollen zusammengebracht und zu freiwilligem Engagement ermutigt werden. Die Vernetzung soll zur Steuerungsfähigkeit der Teilsysteme beitragen und gleichzeitig die Sprechfähigkeit zwischen den unterschiedlichen Akteuren verbessern (Die Bürgergesellschaft organisiert sich!). Das Bewusstsein für die Kraft der Bürgergesellschaft zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen soll gestärkt werden.
2. Um eine maximale Wirkung zu erreichen, will der HK die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit bzw. Medien gewinnen. Beim letzten HK war die Medienresonanz äußerst positiv. Auch die Besucherzahlen auf der Webseite des HK waren noch Monate nach dem Kongress sehr hoch.

Was ist der Grund für den Roundtable? Im Anschluss an den ersten HK gab es Anlass zur Selbstkritik. Viele der im Sinne der Nachhaltigkeit geplanten Projekte konnten nicht umgesetzt werden. Wollte der HK zuviel auf einmal? Reicht es nicht, ein gut strukturiertes Forum zu bieten? Muss man sich da noch um Nachhaltigkeit von Einzelprojekten kümmern? In anderen Worten: Welchen Beitrag kann der HK zum Wohle der Stadt am besten leisten? Die Trägernetzwerke wollen daher beim Roundtable Spitzenvertretern der gesellschaftlichen Teilbereiche die Idee des HK vorstellen und eine neue Methodik zum weiteren Vorgehen vorstellen:

Vortrag von Günter Nooke (Hauptstadtunion): „Die Idee des Hauptstadtkongresses“ (Charts der Power-Point-Präsentation gerne auf Anfrage).

1. GESPRÄCHSRUNDE

Franziska Eichstädt-Bohlig (Bündnis90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus Berlin) meldet Diskussionsbedarf an: das Ganze müsse konkreter gemacht werden. Engagement gebe es ihrer Meinung nach genug. Die Frage sei, ob es an den richtigen Stellen geschehe – z.B. in den Bereichen Jugendarbeit oder Bildung. Das entscheidende Stichwort in diesem Zusammenhang sei der Bedarf: Wo hat Berlin den größten Bedarf?

Marlies Wanjura (Bezirksbürgermeisterin Berlin Reinickendorf) schließt sich Frau Eichstädt-Bohlig an und ergänzt, dass es funktionierende Beispiele nur gebe, weil jemand konkret etwas davon habe: Es gibt kein Engagement, das nicht an konkrete Interessen gebunden ist. Dieser Zusammenhang müsse deshalb im Zentrum der Debatte stehen.

Hauptstadtkongress-Büro

marqueur GmbH
Erkelenzdamm 59-61
10999 Berlin

T +49 30 69 80 73-40
F +49 30 69 80 73-45

hauptstadtkongress@marqueur.de
www.hauptstadtkongress-berlin.de

Initiator : Dr. Johannes Bohnen

Berlin 21
Geht neue Wege

**BERLINER LANDESNETZWERK
BÜRGERSCHAFTLICHES
ENGAGEMENT**

BürgerKonvent

Gesprächskreis
Hauptstadtunion

liberales Netzwerk

Wolf-Dieter Hasenclever (BürgerKonvent e.V.) stellt die Frage - „warum entstehen die Bürgerinitiativen?“ - in den Mittelpunkt. Die Antwort: Weil das Gefühl entstehe, es gebe eine Tendenz zur Abkoppelung. Es gebe eine Kluft, beispielsweise zwischen Verwaltung und Politik. Auch deswegen würden zahlreiche Initiativen nicht vorankommen, obwohl es in Berlin einen ganz besonderen Bedarf an bürgerschaftlichem Engagement gebe.

Erhard O. Müller (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Berlin 21) regt an, das Augenmerk auf die Bürgergesellschaft als Gesamtheit zu lenken, als einen potenziellen Machtfaktor innerhalb der Gesellschaft. Er bezieht sich dabei auf die Berliner Charta des bürgerschaftlichen Engagements, in der es heißt: „Bürgerschaftlich Engagierte beanspruchen, sich mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und mitentscheiden zu können.“ Der HK sollte danach fragen, wie eine Stadtgesellschaft aufgebaut sein muss, in der nicht nur das soziale Selbsthilfekapital, sondern auch das „demokratische Nachhilfekapital“ der Bürgergesellschaft zum Tragen kommt.

Sabine Werth (BERLINER TAFEL e.V.) macht auf das Problem aufmerksam, dass bürgerschaftliches Engagement in Berlin nicht gebührend genug wahrgenommen wird: Obwohl die Berliner Tafel relativ bekannt ist und mittlerweile 600 ehrenamtliche Mitarbeiter zählt, gibt es kaum positives Feedback von der Stadt Berlin. Dieses Beispiel mache deutlich, wie schwierig und gleichzeitig bedeutend es sei, das bürgerschaftliche Selbstbewusstsein zu stärken und bereits existierendes Engagement entsprechend zu würdigen und zu fördern.

Stephan Gutzeit (Stiftung Charité) fragt, woran es bei der Umsetzung von bürgerschaftlichem Engagement genau hapert: Wo ist die knappe Ressource? Im Kern ginge es dabei doch um den *social entrepreneur*, den Gesellschaftsunternehmer - und zwar verstanden als Ressource. Seine Frage dazu: Könnten solche Leute im Rahmen des HK nicht konsequent identifiziert und gefördert werden?

Rupert Graf Strachwitz (Maecenata Institut für Philantropie und Zivilgesellschaft) wendet ein, dass ein Bereich stets stillschweigend vorausgesetzt würde: das Engagement selber. Deshalb stellt er die Frage, ob man es nicht zu einem eigenen Feld machen müsse, um es als solches explizit thematisieren zu können: Wie kann man Engagement organisieren und verbessern? Bürger müssten sich zum Engagement entscheiden können.

Maximilian Müllner (Senatskanzlei Berlin) spricht aus der Sicht der Verwaltung. Deren Ziel müsse es sein, Engagement zu fördern (Stichwort Rahmenbedingungen). Dafür aber brauche die Verwaltung konkrete Projekte, die sie umsetzen kann – „so funktioniert Verwaltung“.

Auch nach Meinung von **Carola Schaaf-Derichs** (Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement) endet bürgerschaftliches Engagement immer dort, wo Partialinteressen ins Spiel kommen: Unternehmen engagieren sich nur, wenn Eigeninteressen auf dem Spiel stehen. Deswegen sei es auf dem Weg zur Bürgergesellschaft noch ein großer Schritt. Ihr Anliegen ist, dass man die großen Baustellen einmal im Jahr benennt und schaut, wo jeder steht: „Wir bräuchten eigentlich ein Haus für bürgerschaftliches Engagement in Berlin. Daher wäre es sinnvoll, eine Plattform zu schaffen, die regelmäßig Schnittstellen benennt und Baustellen identifiziert.“

Dr. Hartmut Knüppel (Dresdner Bank AG) fragt, warum die Bürgergesellschaft eigentlich nicht als Gegenentwurf zum Parteienstaat betrachtet werden solle. Es gebe doch durchaus Parteistrukturen, insbesondere in Berlin, von denen man sagen würde, sie täten dieser Stadt nicht gut. Der Parteienstaat habe sich gewisser

Bereiche bemächtigt, wo er nicht hingehöre: „Ich verlange gar nicht so sehr, dass die Verwaltung überall mitmischt. Es würde schon helfen, wenn der Staat keine Steine in den Weg legen würde.“

Seite 3 von 5

Günter Nooke (Hauptstadtunion) unterstützt den Beitrag von Dr. Knüppel, wendet aber ein, dass die Bürgergesellschaft alle betreffe, nicht nur diejenigen, die gegen den Parteienstaat agieren wollen. Es gebe viele grenzüberschreitende Projekte. Man habe es nur nicht geschafft, ein positives Miteinander zu gestalten. Im Zweifel heiße es dann stets, der Staat sei schuld: Wenn aber die liberale Forderung heißt, der Staat solle sich heraushalten, dann darf am Ende auch nicht die Politik für alles verantwortlich gemacht werden.

Prof. Dr. Klaus Brake (BerlinStudie) interessiert vor allem, was das Spezifische am HK ist. Ihm schien es so, als könnte der HK auch so etwas werden wie ein neues Stadtforum, welches es ja schon einmal unter der Führung von Volker Hassemer gegeben habe. Es ginge doch eher darum, zu bürgerschaftlichem Engagement zu ermuntern: Bürger bekommen Hilfe und Anleitung, wie es gehen könne. Zum Ermuntern gehöre auch, dass diejenigen, die sich engagieren wollen, auch die Möglichkeiten bzw. Angebote dazu gegeben würden: Es muss dafür gesorgt werden, dass sie diese Verantwortung auch übernehmen können (Stichwort Verantwortungsmöglichkeit).

Holger Backhaus-Maul (Aktive Bürgerschaft e.V.) betont, an dieser Diskussion sei äußerst faszinierend, wie die Bürgergesellschaft erst einmal aus sich selbst heraus definiert werde, ohne sie von etwas anderem abzugrenzen. Das mache Geschmack auf mehr, was dann möglicherweise nicht ganz erfüllt werden könne. Backhaus-Maul geht es darum, die Bürgergesellschaft als solche zu organisieren, was etwas anderes ist, als sie zu definieren. Hier liege wohl auch die Schwäche der Berliner Bürgergesellschaft.

Prof. Dr. Dieter Lenzen (Freie Universität Berlin) äußert seine Unzufriedenheit darüber, dass besonders ein Punkt in der Diskussion unterzugehen droht: die Frage der konkreten Umsetzung. Denn das Komplexitätsmaß einer modernen Gesellschaft sei so hoch, dass politische Entscheidungen nicht mehr genügend steuernde Wirkung hätten (Stichwort nicht-intendierte Nebenfolgen). Der Prozess des *Decision-Making* müsse deshalb anders entwickelt werden, wenn die Bürgergesellschaft funktionieren solle. Dabei ginge es insbesondere um Überwachung und Transparenz, um so genanntes „Governance Watch“.

Dr. Johannes Bohnen (Hauptstadtunion) führt nach der Kaffeepause in den zweiten Teil der Veranstaltung ein und stellt eine mögliche neue Methode für den HK vor. Diese könnte sowohl einer Strategie-Klausur mit ca. 120 Spitzenvertretern im Herbst als auch dem großen Hauptstadt-Kongress im Januar 2007 eine neue Struktur geben. Im Kern geht es um die Entwicklung einer 360-Grad-Perspektive, die sich von einer statischen Unterscheidung zwischen Politik und Gesellschaft löst und zu einer Schnittstellendefinition und Kooperation zwischen den gesellschaftlichen Teilbereichen führt. Praktisch wird dies mit Hilfe von Workshops umgesetzt, die die jeweiligen Teilbereiche repräsentieren. Jeder Workshop wird zu 50% mit Experten bzw. Vertretern eines Teilbereiches besetzt. Die anderen 50% bestehen aus Vertretern aller anderen Teilbereiche. Jeder Workshop soll die Schnittstellen zu allen anderen Teilbereichen identifizieren und Leitfragen beantworten (z.B.: Wo und wie können Spielräume genutzt und erweitert werden?). Auf einem Panel werden die Ergebnisse der Workshops zusammengeführt und präsentiert, Entwicklungsaufgaben abgeleitet (Projekte) und eine Verständigung über das „Controlling“ getroffen. (Power-Point-Charts gerne auf Anfrage)

2. GESPRÄCHSRUNDE

Seite 4 von 5

Rupert Graf Strachwitz (Maecenata Institut für Philantropie und Zivilgesellschaft) äußert seine Skepsis zu dem Ansatz. Das Besondere an dieser Initiative sei es, über Aktionsfelder sprechen zu können. Wenn man sich aber die fünf Teilbereiche anschauere, dann werde deutlich, dass es sich nicht immer um Aktionsfelder handele. Es gebe hier eine Vermischung, die es schwierig mache zu wissen, worüber man spreche, wenn von Teilbereichen die Rede sei. Graf Strachwitz präzisiert seinen Gedankenanstoß, statt von Teilbereichen von Aktionsfeldern zu sprechen: die drei Aktionsfelder sind der Staat, der Markt und die Zivilgesellschaft. Dabei gelte es, das Aktionsfeld Zivilgesellschaft als solches in den Blick zu bekommen. Zum zweiten wäre die Frage: Was machen wir dann mit den Themen? Man müsse eine Auswahl von Themen nehmen und sagen: Diese Themen müsse man sich näher anschauen – ihr Verhältnis zueinander und zu den einzelnen Aktionsfeldern. Man solle nicht den Fehler begehen, sich unter Druck zu setzen, alles in demselben „Kollektiv“ umsetzen zu wollen. Der HK könne das nicht schultern.

Prof. Dr. Klaus Brake (BerlinStudie) stellt die Frage, ob der Zugang über die Teilbereiche sinnvoll ist. Berlin sei stark überbürokratisiert und entwicklungsbedürftig. Vor diesem Hintergrund wundere er sich darüber, wie wissenschaftlich die Veranstaltung aufgebaut ist. Für ihn sei die entscheidende Frage: Wo liegen die konkreten Bedürfnisse und die praktischen Probleme? Der Zugang über die fünf Teilbereiche sei deshalb nicht sehr ergiebig und zu akademisch. Wir müssten klären: Was können wir dieser Stadt konkret anbieten? Welche Probleme existieren hier? Was Berlin fehle, sei eine interaktive Informationsplattform, mit deren Hilfe Fragen geklärt werden könnten. Z.B.: Wie kann ich praktisch vorankommen? Wer macht bereits was und wie? Informationen und Erfahrungen müssten vernetzt werden, nicht die Teilbereiche! Unter „Kongress“ sollte man das reale gemeinsame Treffen verstehen, den Austausch untereinander.

Ulf Poschardt (Autor und Publizist) kommt auf den Beitrag von S. Gutzeit zurück und hebt noch einmal den Gedanken des *social entrepreneur* bzw. des *social engineering* hervor: Wie funktioniert das pragmatisch? Wir bräuchten so etwas wie Fluglotsen für die Bürgergesellschaft, Fluglotsen an den Schnittstellen, die eine navigierende Funktion übernehmen. In der Praxis stoße man stattdessen auf unzählige interne Streitigkeiten und Eitelkeiten und komme zu keinen Ergebnissen. Die Frage sei doch: Wo sind die Hauptprobleme? Was sind die Stärken dieser Stadt und was die eklatanten Schwächen? U. Poschardt schlägt eine Einteilung der Hauptstadtkongresse nach eben diesen Punkten vor: Probleme, Schwächen, punktueller Bedarf etc.

Dr. Rolf Kiefer (DekaBank) kritisiert, es sei zu lange über Strukturen, Begriffe und Defizite diskutiert worden: Wir wollen aber doch etwas bewegen. Wenn wir etwas bewegen wollen, müssen wir sagen, wir suchen uns ein Projekt und arbeiten uns an diesem Projekt ab. Wir müssen Kompetenzen schaffen für Bürgerengagement. Auch Bürgerengagement müsse organisiert werden. Man müsse sich fragen: Hat jeder im Bereich seiner Kompetenzen das Richtige gemacht? Man brauche ein konkretes Projekt, wo sich jeder mit seinen Kompetenzen einbringen könne. Dann spielten auch die Medien und die Öffentlichkeit mit. Vor allem müsse die Wirtschaft angesprochen werden. Das Geld sei dabei nicht entscheidend, sondern die Idee und diejenigen, die dahinter steckten: Dann kommt die Wirtschaft von ganz allein.

Erhard O. Müller (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Berlin 21) möchte wissen, ob Dr. Kiefer auch bereit wäre, von dem Singular „nur ein Projekt“ abzurücken? – **Dr. Kiefer:** Ja, aber man muss mit einem Projekt anfangen. Die Fragen und die pragmatischen Hürden sind immer wieder die gleichen.

Günter Nooke (Hauptstadtunion) ist der Meinung, dass der theoretische Ansatz nicht ganz unwesentlich sei. Wenn die Theorie zu sehr abgelehnt würde, käme man

zu dem Punkt, wo man sich überhebe: Das konkrete Projekt ist nicht das, was der HK machen sollte. Es geht eher darum, ein Forum zu bieten. Wir wollen im Herbst die Leute einladen, die mit konkreten Projekten kommen und Verantwortung übernehmen. Wir wollen uns hier und jetzt erst einmal über uns selbst verständigen, darüber, was unsere Rolle innerhalb dieses Konzeptes ist. Im Herbst gebe es dann die Möglichkeit, Ideen und Vorschläge zu beraten.

Seite 5 von 5

Dr. Günther Bachmann (Berlin 21) ist der Nutzen des Ganzen zwar abstrakt klar, konkret aber noch nicht: Man muss den Perspektivenwechsel hinbekommen, damit man die Sprache der Projekte spricht. Projekte, die in unserem Netzwerk sind, lassen sich hier beispielsweise nicht zuordnen. Was man nicht tun dürfe sei, den Keim einer Erwartung zu säen, die man hinterher nicht erfüllen könne.

Maximilian Müllner (Senatskanzlei Berlin) bemerkt, es seien gar nicht so kontroverse Positionen ausgetauscht worden, sie ließen sich sogar recht gut zusammenführen – z.B. das Stichwort Anerkennungskultur. Darüber könne man konkret sprechen. Das zweite wäre die Schaffung von Rahmenbedingungen – z.B. der Ansatz von U. Poschardt: was ist Berlin, welche Stärken und welche Schwächen hat Berlin?

Holger Backhaus-Maul (Aktive Bürgerschaft e.V.) warnt vor einer zu starken Trennung von Theorie und Praxis. Das sei eine typisch deutsche Eigenart: „Lassen Sie die Finger davon, andere machen diese Trennung auch nicht!“ Man brauche eine kluge Mischung aus beidem, und vielleicht auch Institutionen, die beides zusammenführen. Er ermutigt die Steuerungsgruppe des Hauptstadtkongresses, die geplante Methodik einfach einmal auszuprobieren.

Für **Wolf-Dieter Hasenclever** (BürgerKonvent e.V.) geht es nicht darum, ein vorgefertigtes Schema darzustellen. Der Roundtable diene eher dazu, das Vorge stellte zu modifizieren und für die nächsten Veranstaltungen fruchtbar zu machen. Dem HK ginge es darum, zu ermutigen sowie Plattformen und Übersetzungshilfen an den Schnittstellen zu schaffen. Der HK könne diese Übersetzungsarbeit leisten.

Dr. Johannes Bohnen (Hauptstadtunion) weist noch einmal darauf hin, dass der Hauptstadtkongress kein Zustand ist, sondern ein Prozess, unter dessen Dach verschiedene Veranstaltungsformate und Projekte möglich sind. Er verteidigt den Namen „Hauptstadtkongress“ gegen Kritik, da Berlin keine „normale“ deutsche Stadt sei. Berlin ist so etwas wie die Visitenkarte für Deutschland und trage daher als größte Metropole und Hauptstadt eine besondere Verantwortung für das ganze Land.

Bohnen bedankt sich bei allen Teilnehmern für ihr Kommen und auch noch einmal bei der Dresdner Bank. Ohne Sponsoren sei der Hauptstadtkongress nicht überlebensfähig. Er äußert die Hoffnung der Trägernetzwerke, dass die Teilnehmer des Roundtable dem Hauptstadtkongress weiter verbunden bleiben.